

Gemeinsamer Antrag Nr. 01

der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen,
der Fraktion Christlicher Gewerkschafter:innen – Österreichischer Arbeitnehmer:innen Bund,
der Freiheitlichen Arbeitnehmer - FPÖ,
der Liste Perspektive,
des Gewerkschaftlichen Linksblocks,

an die 177. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 11. Mai 2022

Preise runter – JETZT!

Die Menschen stöhnen unter dem unerwartet starken Anstieg der Lebenshaltungskosten. Im April lag die Teuerung bei 7,2% (Veröffentlichung Statistik Austria 29.4.) gegenüber dem Vorjahr. Der höchste Wert seit 41 Jahren. Die Ursache der hohen Inflation ist die gleiche wie Mitte der 1970er und Anfang der 1980er Jahre: Stark steigende Kosten für Energie. Im März waren Treibstoff um 50%, Heizöl um 118%, Gas um 73%, Strom um 16% und Fernwärme um 12% teurer als vor einem Jahr. Bislang ist der Preisauftrieb bei anderen Gütern und Dienstleistungen noch verhalten, aber es gibt auch Ausnahmen: Gebrauchtwagen +16%, Hotelübernachtung +14%, Kaffee +12%, Pauschalreisen +12%, Brot +7%.

Der starke Preisdruck wird noch einige Monate anhalten. Gas und Strom haben ihre Preisspitze noch vor sich, Nahrungsmittelpreise werden noch merklich steigen. Viele Betriebe werden versuchen, ihre höheren Kosten in die Preise zu überwälzen oder das inflationäre Umfeld nutzen, um ihre Gewinnspannen zu erhöhen. Für den Jahresdurchschnitt rechnet das WIFO mit einem Anstieg der Verbraucherpreise um 5,8% 2022.

Die Leute müssen sich das Leben noch leisten können. Es ist die Aufgabe der Regierung das sicher zu stellen. Daher muss die Regierung handeln – Jetzt!

Die Maßnahmen der Regierung müssen spätestens vor dem Sommer vorliegen. Bereits jetzt muss ein durchschnittlicher Haushalt mit 1.400 Euro Mehrkosten im Jahr rechnen. Und im Herbst wird es zu weiteren Teuerungen bei den Lebensmitteln und beim Heizen kommen!

Wenn die Regierung nicht handelt, muss der volle Ausgleich über die Lohn- und Gehaltsverhandlungen im Herbst erfolgen – denn die Leute müssen sich das Leben noch leisten können!

Andere Länder haben bereits etwas getan: Belgien, Spanien oder Polen regulieren ihre Energiepreise. Länder wie Frankreich oder Italien haben bereits dafür gesorgt, dass ungerechtfertigte Gewinne der Energiekonzerne abgeschöpft werden können. Und unsere Regierung sollte jetzt auch die richtigen Weichen stellen, statt dabei zuzuschauen, wie der Zug entgleist!

Daher fordern wir die Regierung auf, dafür zu sorgen, dass die Preise fürs Leben auf ein erträgliches Ausmaß gesenkt werden!

Die 177. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien fordert daher:

Preise runter – JETZT!

- Runter mit den Energiekosten
- Runter mit den Spritkosten
- Runter mit den Mieten
- Runter mit den Lebensmittelpreisen

Mietenstop – JETZT:

Die Mieten explodieren. Statt wie die Regierung die Richtwertmieten zu erhöhen, brauchen wir einen Mietenstopp – und zwar sofort. Das Dach über dem Kopf darf kein Luxus sein.

Sozialstaat armutsfest machen:

In Krisenzeiten ist der Sozialstaat der Fels in der Brandung. Er muss daher weiter ausgebaut werden, denn wir wollen den besten Sozialstaat der Welt.

Ungerechtfertigte Gewinne müssen abgeschöpft werden:

ZB führen hohe Strom- und Gaspreise zu enormen Übergewinnen bei Energieunternehmen, die Strom mit Wind, Wasserkraft u.a. produzieren. An den Börsen werden hohe Gewinne gemacht, und einige wenige Spekulanten profitieren von der Teuerungskrise, während die Vielen darunter leiden.

Es ist die wichtigste Aufgabe einer Regierung, dafür zu sorgen, dass die Menschen ihr Leben finanziell bestreiten können. Jetzt ist es höchste Zeit, auf die Lebensbedingungen der Menschen zu schauen und für sie zu arbeiten!

Angenommen Zuweisung Ablehnung Einstimmig Mehrheitlich